

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 26.04.2016
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Anträge	4
3 Anfragen	4
4 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) über die überörtliche Prüfung der Stadt Meerbusch im Jahr 2015 Information der GPA bzgl. der Prüfungsergebnisse - Der Bericht ist in Mandatos (Zusatzinformationen) abrufbar -	4
5 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	7
6 Termin der nächsten Sitzung - lt. Langzeitplan 09.06.2016 -	7
7 Verschiedenes	7

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliß Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Herr Michael Billen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Christian Welsch Ratsmitglied Vertretung für Herrn Klaus Rettig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Christian Staudinger-Napp Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied anwesend bis 18:20

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Thomas Fox Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt

Herr Josef Hilgers Rechnungsprüfungsamt

Schriftführer

Herr André Pescher Rechnungsprüfungsamt

es fehlen:

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Becker, die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Er begrüßt besonders die Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sowie Herrn Hungermann von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW, der die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung vorstellen wird.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es ist kein Einwohner anwesend.

2 Anträge

Anträge wurden nicht gestellt.

3 Anfragen

Ratsherr Weyen bittet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage um Auskunft über das Kostenvolumen der geplanten Einfamilienhäuser zur Flüchtlingsunterbringung.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die ursprünglich genannten Kosten von ca. 165.000 € pro Einfamilienhaus bei anderen Bauausführung wie z.B. Verklinkerung oder versetzt stehenden Häusern nicht gehalten werden können. Auch eine geringere Anzahl führe zu höheren Kosten pro Haus.

Die vorgesehenen Baugrundstücke in Lank seien nicht zur Veräußerung geplant gewesen, während die Grundstücke in Strümp zur Veräußerung vorgesehen waren und somit Einfluss auf die Bilanz haben.

Konkrete Zahlen können erst nach Durchführung der Ausschreibung genannt werden.

4 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) über die überörtliche Prüfung der Stadt Meerbusch im Jahr 2015 Information der GPA bzgl. der Prüfungsergebnisse - Der Bericht ist in Mandatos (Zusatzinformationen) abrufbar -

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt, dass die Feststellungen und Empfehlungen aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW getrennt nach den Teilberichten in den jeweiligen Fachausschüssen inhaltlich diskutiert und beraten werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Becker, erläutert, dass sich der Prüfungsauftrag der Gemeindeprüfungsanstalt NRW aus § 105 der Gemeindeordnung NRW ergibt. Dem Bericht liegt die Prüfung der Jahre 2007 bis 2013 zugrunde. Der Bericht besteht aus 6 Teilberichten:

- Finanzen
- Personalwirtschaft und Demografie
- Sicherheit und Ordnung
- Tagesbetreuung für Kinder
- Schulen
- Grünflächen

Herr Dirk Hungermann, Projektleiter der Prüfung in Meerbusch, stellt die Ergebnisse der Prüfung zusammenfassend vor.

Der Folienvortrag wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Ratsherr Damblon sieht die Beurteilung der Situation in einer Kommunalverwaltung von außen als positiv an. Er erklärt, dass die von Herrn Hungermann angesprochenen hiesigen hohen Standards für die Bürgerinnen und Bürger der Politik und Verwaltung bewusst seien. Eine Minderung der Standards sei aber nicht unproblematisch. Auch seien z.B. im Bereich der Kindertagesstätten Beitragserhöhungen bei den oberen Einkommensgruppen nicht immer zielführend, da es dann zu einer Abwanderung in private Tagesbetreuungen kommen kann. Dadurch fielen dann gerade die hohen Beiträge ganz weg.

Ratsherr Wehrspohn hält es für sinnvoll, bei den Einwohnern ein Bewusstsein für die hohen Standards in Meerbusch zu schaffen. Ferner bittet er um Darlegung, wieviele Vergleichskommunen in die Zahlen der GPA eingeflossen seien.

Herr Hungermann erläutert, dass in die Vergleiche nur belastbare Zahlen entsprechender Kommunen einfließen, in der Regel sind dies ca. 40-60 Vergleichskommunen, die die entsprechenden Daten liefern können.

Ferner gibt Ratsherr Wehrspohn zu Bedenken, dass viele erfolgreiche Bemühungen der Kommunen zur Kostensenkung durch nicht von diesen zu beeinflussende äußeren Einflüssen wieder aufgezehrt werden. Als Beispiel nennt er ein erfolgreiches Personalkonsolidierungskonzept, dessen Erfolge durch die Abundanzumlage aufgezehrt wurden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist daraufhin, dass sich die Situation in Meerbusch in den Jahren 2014 und 2015, die nicht mehr Bestandteil der Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt waren, schon verbessert habe. Der Jahresabschluss 2014 habe sich um 5.1 Mio € und der Jahresabschluss um 1.2 Mio € gegenüber der Planung verbessert. Für das Jahr 2018 werde der Haushaltsausgleich anvisiert.

Weiterhin weist sie auf die externen Einflüsse, die einen wesentlichen Anteil an den Finanzproblemen der Kommunen haben, hin. So stiegen zwar die Gewerbesteuererinnahmen in Meerbusch, dies führe jedoch zu keiner Verbesserung der finanziellen Situation, weil gleichzeitig die Kreisumlage um ca. 6 Mio € gestiegen sei. Auch im Kindertagesstättenbereich reichen die gewährten Kindpauschalen des Landes nicht zu Finanzierung der Personalausgaben.

Ein Immobilienkonzept sei jedoch bereits erstellt, um die Flächen der städtischen Gebäude optimal zu nutzen.

Ratsherr Meffert sieht zwar die Möglichkeit, dass durch die Altersfluktuation darüber nachgedacht werden könne, welche Stellen in welchem Umfang wiederbesetzt werden müssen, jedoch sei auch hier eine Grenze gesetzt, zumal ständig neue Aufgaben vom Land auf die Kommunen abgewälzt werden. Er vermisst Indikatoren im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, die diese Einflüsse und die Lage der Kommunen gegenüber dem Land verdeutlichen.

Auch Stadtkämmerer Fiebig weist auf die steigenden Transferleistungen hin. Im Haushalt 2016 seien zwar die Steuereinnahmen um 5.5 Mio € gestiegen, gleichzeitig stiegen die Transferleistungen von 32.6 Mio € auf 39 Mio €. Erwirtschaftete Einnahmen der Kommune würden dieser wieder entzogen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist noch im Zusammenhang mit den Personalkosten darauf hin, dass die allgemeine Personalquote z.B. auch durch die Musikschule beeinflusst werde, diese sei im Gegensatz zu den Personalausgaben für den Kindertagesstättenbereich nicht herausgerechnet worden.

Ratsherr Welsch unterstreicht die Aussage Herrn Hungermanns, dass es der Stadt Meerbusch angesichts ihrer gesamten Finanzlage möglich sein müsste, den Haushaltsausgleich herbeizuführen. Er ist der Auffassung, dass die Standards in Meerbusch zu hoch seien. Nicht alle negativen Entwicklungen seien durch externe Einflüsse bestimmt. Auch das zuletzt von der IHK veröffentlichte Gutachten kommt zu dem Schluss, dass in Meerbusch überdurchschnittlich viel Personal eingesetzt werde.

Herr Hungermann stellt klar, dass Aussage des Berichtes der Gemeindeprüfungsanstalt nicht sei, dass das Personal ineffektiv arbeite. Der Personalbedarf komme vielmehr durch politische Entscheidungen zustande, wie z.B. das Vorhalten von 3 Bürgerbüros.

Ratsherr Staudinger-Napp bittet um Erläuterung, ob auch der Zusammenhang zwischen Personaleinsatz und den durch diesen erzielten Einnahmen untersucht worden sind. So würden die in der Verkehrsüberwachung eingesetzten Mitarbeiter der Stadt Meerbusch beispielsweise der Stadt weniger Einnahmen bringen, als die personellen Aufwendungen hierfür betragen. In manchen anderen Städten sei das Verhältnis umgekehrt.

Herr Hungermann erklärt, dass dieser Aspekt nicht Teil der Untersuchungen war und es daher keine Vergleichswerte gebe.

Ratsfrau Neukirchen bittet Herrn Hungermann um Erläuterung der Aussage, dass der Wirtschaftswegbau durch Beiträge der Anlieger mitfinanziert werden solle. Laut Herrn Hungermann rechnen Kommunen in unterschiedlicher Weise die Kosten der Wirtschaftswege ab. Beispielsweise über eine Satzung, auch seien KAG-Gebühren möglich oder eine Einrechnung in die Grundsteuer A. Zu Berücksichtigen sei hier aber auch, dass einige Wirtschaftswege ins Radwegenetz eingebunden seien. Auch befänden sich die Möglichkeiten der Abrechnung noch in der gerichtlichen Klärung. Dieses Thema sollte jedoch beobachtet werden.

Zum Bereich der Grünflächen weist Herr Hungermann daraufhin, dass die Daten der internen Leistungsverrechnung keine Steuerungsmöglichkeiten bieten, da diese Verrechnung zeitversetzt erfolge.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Becker, weist daraufhin, dass sich laut des Berichts über die Prüfung der Finanzen das Eigenkapital von der Eröffnungsbilanz 2007 bis zum Abschluss des Jahres 2013 um ca. 20.9 Mio € verringert habe. Seiner Meinung nach betrage der Eigenkapitalverlust sogar 23.6 Mio €, da eine Nachbuchung, die nicht dem von der Gemeindeprüfungsanstalt untersuchten Zeitraum zuzuordnen sei, mit berücksichtigt wurde.

Weiter bittet Ratsherr Becker um Aufklärung, weshalb die Werte der Abschreibungen auf Seite 34 und Seite 49 des Berichtes nicht übereinstimmen bzw. nicht mit der Ergebnisrechnung übereinstimmen. Herr Hungermann sagt eine Klärung zu.

5 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

entfällt

**6 Termin der nächsten Sitzung
- lt. Langzeitplan 09.06.2016 -**

Herr Fox erklärt, dass für die Sitzung am 09.06.2016 die Beratung der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 vorgesehen sei.

7 Verschiedenes

entfällt

Meerbusch, den 28. April 2016

Herbert Becker
Ausschussvorsitzender

André Pescher
Schriftführer/in